

Digitalisierung in der Pflege: Transformation in Trippelschritten

Auch in das neue Jahr 2024 hinein begleiten die Digitalisierung in der Pflege zwar die bekannten Bremsklötze: Ungeklärte Refinanzierung, zögerliche Bereinigung technischer Schnittstellenprobleme, wenig Digital-Enthusiasmus bei Netzwerkpartnern, insbesondere in der Ärzteschaft. Und dennoch: Der Digitalisierungs-Zug rollt. Häufig noch im Schritttempo. Doch mit unumkehrbarer Dynamik – wie Branchenexperten feststellen und fordern.



Die Optimierung und Automatisierung von Prozessen sowie die Minimierung von Routine-Arbeiten ist eines der Hauptziele der Digitalisierung in der Pflege.

Foto: pixabay

Von Darren Klingbeil

Just zum Start ins neue Jahr, am 2. Januar, veröffentlichte der [Bitkom](#), Branchenverband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche, wenig erbauliche Zahlen zum Tempo der Digitalpolitik der Ampel-Bundesregierung. Diese habe bei der Umsetzung ihrer aktuell insgesamt 112 im Koalitionsvertrag vereinbarten 334

...mit aktuellen insgesamt drei im Kooperationsvertrag vereinbarten... digitalpolitischen Vorhaben zuletzt zwar „an Tempo zugelegt“. Die Geschwindigkeit reiche „aber bei weitem nicht aus, um die selbst gesteckten Ziele auch nur annähernd zu erreichen.“ Zum 1. Januar 2024 seien erst 60 dieser Vorhaben umgesetzt – kümmerliche 18 Prozent. So sieht es der „Monitor Digitalpolitik“ des Bitkom. Eine Art Radar, der die Umsetzungsfortschritte der einzelnen Projekte in den einzelnen Politik-Ressorts unter die Lupe nimmt. Für das Ressort „Gesundheit“, darunter (wie üblich!) die Pflege subsumiert, weist der Monitor insgesamt 18 Projekte aus. Hiervon waren (Stand: 8. Januar 2024) zumindest 4 Projekte abgeschlossen. 14 Projekte, darunter „Ausbau Gematik“, „Telematik in Pflegeeinrichtungen“, „Freigabe von ePA-Daten“ u.a., erhielten den Umsetzungsstatus „begonnen“. Immerhin.

Inhalt



[Seite 1 – Digitalisierungsstrategie des BMG liegt seit März 2023 vor](#)

[Seite 2 – Einrichtungen warten auf die TI 2.0](#)

[Seite 3 – Digitalisierung: Die Pflege zieht mit!](#)

[Seite 4 – Generationenwechsel als möglicher Bremsfaktor](#)

[Seite 5 – Der Fortschritt ist nicht aufzuhalten](#)

[Seite 6 – Update Pflege-Digitalisierung – Lessons learned:](#)

Digitalisierungsstrategie des BMG liegt seit März 2023 vor

Auch der Verband der Internetwirtschaft, [eco](#), präsentierte wenige Woche zuvor, zum Jahresende 2023, eine durchwachsene Bilanz der digitalpolitischen Fortschritte der Ampel. „Die Verantwortungsdiffusion und Zersplitterung der digitalpolitischen Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung bringt die digitale Transformation in Deutschland zunehmend ins Stocken“, nennt [eco](#)-Vorstandsvorsitzender Oliver Säume die aus Sicht des Verbandes ursächlichen Gründe für den nur zähen



Wie das steht der Verbandes angenommen. Standes für den mit Zahlen
Entwicklungsfortschritt.

Für den Verantwortungsbereich Gesundheitswesen und Pflege hat das Bundesgesundheitsministerium unter der Leitung von Minister Karl Lauterbach schon im Frühjahr 2023 in einer „Digitalisierungsstrategie“ beschreiben, wie die Transformation gelingen soll. „Wir entwickeln die Telematikinfrastruktur (TI) und insbesondere die elektronische Patientenakte (ePA) zur individuellen Gesundheitsplattform der Versicherten weiter“, steht in der offiziellen Broschüre zur Strategie zu lesen. Und weiter: „Wir intensivieren in die digitale Transformation und die dringend notwendige Entlastung in der Pflege. Zu diesem Zweck wird ein Kompetenzzentrum Digitalisierung und Pflege eingerichtet und die flächendeckende Etablierung einer digital unterstützten, interoperablen Pflegedokumentation vorangetrieben.“

Wie bewerten Branchen-Experten und -verbände rund ein dreiviertel Jahr nach Veröffentlichung der oben zitierten Zielsetzungen der Bundesregierung, und die mittlerweile u.a. mit dem Digital-Gesetz auch auf den Weg gebracht sind, den realen Umsetzungsstand in der Praxis? Um es an dieser Stelle vorweg zu nehmen: Das Glas ist aus Sicht der Akteurinnen und Akteure sicher mehr als halbvoll. Und das vor allem darum, weil die Pflegeunternehmen sich selbst – trotz aller Hürden und struktureller und digitalpolitischer Unwägbarkeiten – auf den Weg machen, ihre Abläufe zu digitalisieren und zu investieren. Trotzdem steht die Kritik am hörbar stotternden Digital-Motor, der die Pflege nach wie vor eher be- als entlastet, im Fokus der Befragten. Sie legen aber nicht nur den Finger in die Wunde. Sie formulieren auch konkrete Lösungsvorschläge:

Einrichtungen warten auf die TI 2.0

Ein Kernelement der Digitalisierung in der Pflege ist die Anbindung aller Pflegeeinrichtungen an die Telematikinfrastruktur. Zum 1. Juli 2025 soll diese für alle Einrichtungen verpflichtend werden. Ist das zu schaffen in rund 1,5 Jahren? Liest man die Aussagen der befragten Expert:innen

sind Zweifel angebracht. So stellt etwa Sven Woltgram, Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung beim Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste, [bpa](#) fest: „Auf den ersten Blick scheint noch ausreichend Zeit zu sein, bis die verpflichtende Anbindung am 1. Juli 2025 greift. Betrachtet man allerdings, dass im Pflegebereich bislang nur wenige hundert Pflegeeinrichtungen die Voraussetzungen für die Einbindung geschaffen haben, ist absehbar, dass die Dienstleistungsunternehmen vor einer gewaltigen Aufgabe stehen, um mehr als 30.000 Pflegeeinrichtungen mit allen notwendigen Komponenten auszustatten und so zu schulen, dass diese die entsprechenden Anwendungen umsetzen können.“

Anna Leonhardi, Geschäftsführerin des Deutschen Evangelischen Verbandes für Altenarbeit und Pflege ([DEVAP](#)), sieht eine „reine Anbindung an die TI“ als erreichbar an, „wenn die IT-Infrastruktur bei Trägern und Einrichtungen stimmt“. Hierfür bedürfe es auch einer „auskömmlichen, soliden Refinanzierung, die nicht nur den technischen Aufwand, sondern auch den personellen und strukturellen Aufwand berücksichtigt“. Eine Anbindung „über veraltete technische Modelle“ sei nicht praktikabel, stellt die DEVAP-Geschäftsführerin fest, da durch diese „weiterer Mehraufwand zu dem ohnehin bestehenden Mehraufwand durch die Einführung/Umsetzung der TI entsteht“ und sich so auch die Akzeptanz verringere. In diesem Zusammenhang berichteten einige Einrichtungen, „dass sie auf die TI 2.0 warten. Hier wird sich im Jahr 2024 zeigen, ob mit der neuen TI die Anbindung leichter wird und die digitalen Identitäten ebenfalls Vorteile bringen.“

Das Thema Refinanzierung nennt auch Sven Wolfgram als eines der zentralen für den Fortschritt beim Thema TI und hofft hierzu auf einen Vereinbarungsabschluss in naher Zukunft: „Maßgeblich, um den Termin (1. Juli 2025, d. Red) überhaupt halten zu können, wird insbesondere der zeitnahe Abschluss der Vereinbarung des Verfahrens zur Kostenerstattung gemäß § 106b SGB XI (Ti-Finanzierungsvereinbarung), welche die Grundvoraussetzung für die Refinanzierung der notwendigen Aufwendungen für die Anbindung der Pflegeeinrichtungen regelt. Die Verhandlungen hierzu haben sich leider deutlich schwieriger gestaltet

verhandlungen hierzu haben sich leider deutlich schwieriger gestaltet und deshalb länger hingezogen als von uns gewünscht. Wir hoffen, dass die neue Vereinbarung ab Februar 2024 umgesetzt werden kann.“

Digitalisierung: Die Pflege zieht mit!

Die Vorteile der TI-Anbindung für die Leistungserbringer unterstreicht Prof. Dr. Dietmar Wolff, Vorstandsmitglied des [Finsoz e.V.](#), Fachverband Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung: „Der größte Nutzen für die Leistungserbringer ist ein durchgängiger digitaler Informationsfluss ohne Medienbrüche. Dies verbessert bereits die Zusammenarbeit innerhalb der Pflege, z.B. dass ambulante Pflege und Tagesstruktur auf der gleichen Informationslage arbeiten können, noch mehr aber die intersektorale Zusammenarbeit.“

Wolff liefert zugleich eine zielgruppengenaue Analyse dafür, welche Akteure für die Verzögerungen des Fortschritts der Digitalisierung verantwortlich zeichnen. „Die Pflege ist es nicht. Hier erleben wir eine hohe Aufgeschlossenheit für die Nutzung neuer Technologien der Digitalisierung. Das gilt insbesondere für die Führungskräfte, die an vielen Orten verstanden haben, dass die aktuelle fatale Situation aus hoher Nachfrage nach Pflege bei gleichzeitigem Fachkräftemangel nur durch einen Mix aus mehr Fachkräften, effizientere Prozesse sowie die Digitalisierung gelöst werden kann.“ Zugleich räumt er ein, dass es „bei Pflegekräften oft noch an der Digitalisierungskompetenz mangelt, da Kompetenzen wie z.B. Prozessverständnis, assistive Technologien oder Datenverständnis und -nutzung kaum Gegenstand der Aus- und Weiterbildung in der Pflege sind.“ Und mangelnde eigene Kompetenz führe zu Ängsten und damit zu einer „unterbewussten Ablehnung von Veränderungen“.

Generationenwechsel als möglicher Bremsfaktor

Ein „großes Problem“ sieht er nach wie vor „auf Seiten der Ärzte und Ärztinnen. Ich möchte dabei weniger die gewisse Verweigerungshaltung, ggf. verursacht aufgrund eines gewissen Rollenverständnisses oder drohender Transparenz anprechen, als die Herausforderungen vor

zunehmender Transparenz, ansprechen, als die Herausforderungen, vor welche die Ärzte und Ärztinnen durch die erforderliche Umstellung ihrer Prozesse und die Modernisierung ihrer Praxissoftware oder Arztinformationssysteme gestellt werden. Solche Themen sind auch bei Ärzten und Ärztinnen nicht Gegenstand der Ausbildung und nicht grundsätzlich Element des Berufsbildes. Hier braucht es spezielle Berufsbilder, die sich in Praxen um diese Themen kümmern.“

Etwas optimistischer fällt Wolffs Urteil zu den Krankenhäusern aus, und er führt dies auf die „dort über das Krankenhauszukunftsgesetz zur Verfügung stehenden Mittel, aber auch auf die in diesen meist größeren Unternehmensstrukturen verfügbaren personellen Ressourcen“ zurück. Bei den Apothekern und Apothekerinnen erlebe er „zwei Lager“, was auch stark, wie ggf. auch bei den Ärzten und Ärztinnen, mit dem gerade einsetzenden Generationenwechsel zu tun habe. „Während viele ältere Betreibende sich nicht mehr mit den neuen Technologien beschäftigen wollen, rüsten jüngere Apotheker und Apothekerinnen ihre Betriebe konsequent mit der erforderlichen IT-Infrastruktur auf – sind gleichzeitig aber auch frustriert, dass kaum ein E-Rezept bei ihnen ankommt.“

Der Fortschritt ist nicht aufzuhalten

Die angefragten Branchenexpertinnen und -experten warnen alle davor, den begonnen Digitalisierungsbestrebungen – vor dem Hintergrund milliardenschwerer Haushaltslöcher und von Haushaltsdisziplin – jetzt die notwendige Aufmerksamkeit zu entziehen. Denn „die schon jetzt dramatische Versorgungslücke wird ohne eine rasche und konsequente Digitalisierung weiter ausufern. Bereits heute führt der Personalmangel zu einer sehr angespannten Versorgungssituation mit hohen Belastungen für die Pflegekräfte. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird weiter deutlich ansteigen. Ohne Digitalisierung und Technisierung in der Pflege wird eine nachhaltige Versorgungssicherheit nicht erreicht werden können“, stellt bpa-Geschäftsbereichsleiter Sven Wolfgram fest.

Und aus Sicht von Finsoz-Geschäftsführerin Thordis Eckhardt steht ohnehin fest: „Der Fortschritt in der Digitalisierung ist nicht aufzuhalten.“

Die Frage ist nur: Wer davon partizipiert und wer von der Entwicklung abgehängt wird. Die Technologien sind vorhanden, sie werden ständig weiterentwickelt.“ Die flächendeckende Nutzung der Technik in der Pflege stehe in enger Korrelation mit drei elementaren Parametern: Bürokratische Hürden, (Re-)Finanzierung und Digitalkompetenz. Eckhardt analysiert: „Gesetzgeberische, strenge Reglementierungen beispielsweise bei der Entwicklung und Inverkehrbringung von Digitalen Pflegeanwendungen (DiPA) verhindern einen Boom markttauglicher Produkte, was in der Konsequenz bis dato zu wenigen verfügbaren Pflegeanwendungen in Deutschland führt. Fehlende Lösungen wiederum und eine überbordende Bürokratie, einhergehend mit einer nicht auskömmlichen Refinanzierung seitens der Kostenträger, verhindert den Einsatz digitaler Lösungen in der Branche.“

Was die Pflege benötige, sei „eine auskömmliche Finanzierung von Leistungen, Technologien und Schulungen zur Ausbildung von Digitalkompetenzen. Die aktuelle Ausrichtung des Bundesgesundheitsministeriums auf eine Digitalisierungsstrategie, die primär auf die Akutmedizin ausgerichtet ist und die Pflege vernachlässigt, ist sträflich unsozial“, meint die Finsoz-Geschäftsführerin.

Ähnlich sieht es auch DEVAP-Geschäftsführerin Anna Leonhardi. Die Digitalisierung in der Pflege müsse weiter vorangehen. Alles andere sei „keine Option“. „Denn eine gute Gesundheitsversorgung schließt die Pflegeprofessionen mit ein. Digitalisierung ist ein Megatrend, der sich durch alle Lebensbereiche zieht. Wenn einzelne Lebensbereiche wie die Langzeitpflege ausgespart werden würden, sind diese Bereiche für ArbeitnehmerInnen unattraktiver.“ Zudem, so führt sie aus, werde künftig ein Teil der Versorgung aufgrund des Personalmangels rein digital laufen müssen (Stichworte Televisiten, Telemedizin, Tele-Care) und mahnt: „Wenn hier Lebensbereiche oder (ländliche) Regionen nicht entsprechend ausgerüstet sind, werden diese Bereich nicht nur nicht-digital sondern ggf. gar nicht mehr versorgt.“

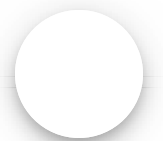
Trotz aller Herausforderungen beim Thema Digitalisierung in der Pflege

TROTZ aller Herausforderungen beim Thema Digitalisierung in der Pflege stimmt Leonhardi der „Gestaltungswille“, den sie in der Pflegebranche wahrnimmt, auch ein Stück weit optimistisch. „Pflegeeinrichtungen haben vor allem in den Jahren der Corona-Pandemie vieles ermöglicht und den digitalen Fortschritt aus eigener Initiative und mit viel Engagement vorangebracht. Voraussetzung ist, dass aus den aktuellen Aktivitäten Schlüsse für eine realistische Gestaltung der Praxis gezogen werden.“

Update Pflege-Digitalisierung – Lessons learned:

Wenn der Digital-Zug endlich mehr Fahrt aufnehmen soll, sind folgende Weichenstellungen von allen Stakeholdern vorzunehmen:

- Aufbau von **Digitalkompetenz** (in Aus-, Fort- und Weiterbildung) ist in allen Berufsgruppen weiter kontinuierlich erforderlich.
- Die Partner der **Selbstverwaltung** müssen viel schneller werden und sich ambitionierter auf Vergütungsvereinbarungen einigen. Das Kanzlerwort vom neuen „Deutschland-Tempo“ könnte auch hier ein Fingerzeig sein.
- Es gibt schon viele Pflegeunternehmen, die freiwillig digitalisieren. Etwa durch eine freiwillige Anbindung an die TI. Diesem Beispiel müssen noch mehr Einrichtungen folgen. Auch das würde **Veränderungsdruck** (auf die Industrie, Kostenträger, Netzwerkpartner) aufbauen.
- **Kostenträger und Ärzteschaft** als wichtige Netzwerkpartner in der TI müssen endlich „aus den Puschen“ kommen und in der Fläche ihre Blockadehaltung ablegen. Ein Miteinander auf Augenhöhe mit der Pflege im Sinne der Versicherten wäre jetzt endlich angebracht. Beispiele, die zeigen, dass das geht, gibt es genügend.
- Auch die **Software-Industrie** ist gefordert, ihre Kundschaft von 30 000 ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen hierzulande zeitnah mit den notwendigen technischen Komponenten auszustatten.
- Politik in Bund und Ländern ist gefordert, weiter Förderpakete, Anreize und Vergünstigungen zu schaffen, die der Digital-Infrastruktur (Breitband, Glasfaser etc.) als Basis aber auch den



Investitionen der Unternehmen z.B. in Hard- und Software, in Schulung etc. zugute kommen. Investitionen in die Digitalisierung kosten jetzt vielleicht mehr, aber liefern mittel- und kurzfristig viel Einsparpotenzial in täglicher Gesundheits- und Pflegedienstleistung.

- Der **Abbau von Bürokratie** (schnellere Genehmigungen etwa von DiPAs – Stichwort „Deutschland-Tempo“) ist notwendig, um Lösungen in den Markt zu spülen und sie in der Praxis ausprobieren zu lassen.
- Datenschutz und **überbordende Datenschutzbedenken** bei Vielen in Deutschland sollten auf ein praktikables Maß geschrumpft werden. Wer bei seinen Social-Media-Aktivitäten und beim Online-Einkauf regelmäßig alle Datenschutzbedenken freiwillig zur Seite räumt, kann nicht bei wichtigen Weiterentwicklungen in Gesundheit und Pflege den Datenschutz für sich überbeanspruchen und so zum Bremser werden. Das heißt nicht, dass ein gesundes Mindestmaß an Datenschutz bei sensiblen Daten natürlich eingehalten werden muss. Anderen Ländern gelingt dieser Spagat auch.

